

Geschäftsstelle

**Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
K-Drs. 160b**

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Entwurf des Berichtsteils zu Teil B – Kapitel 5.6 (Zeitbedarf zur Realisierung des empfohlenen Entsorgungspfades)

Vorlage der Vorsitzenden der AG 3 für die 27. Sitzung der Kommission am 13. Mai 2016

DRITTE LESUNG
BEARBEITUNGSSTAND: 06.05.2016

5.6 Zeitbedarf zur Realisierung des empfohlenen Entsorgungspfades

Der Start des Auswahlverfahrens möglicher Endlagerstandorte kann nach StandAG erfolgen, sobald Bundestag und Bundesrat das StandAG auf Grundlage dieses Berichts der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe evaluiert haben (§ 4 Abs. 4 StandAG) und wenn das Verfahren mit den Kriterien und Entscheidungsgrundlagen als Gesetz beschlossen wurde (§ 4 Abs. 5 StandAG). Dies kann frühestens 2017 der Fall sein. Zunächst müssen die erforderlichen Institutionen aufgebaut werden.

Die Realisierungszeiträume bis zur Festlegung eines Standorts, bis zum Beginn der Einlagerung der Abfälle oder bis zum Verschluss des Endlagerbergwerks sind aus heutiger Sicht nur schwer einschätzbar. Die hohe Flexibilität des geschilderten Verfahrens (siehe Kap. 6.5.) bringt es mit sich, dass über die Zeitbedarfe der einzelnen Schritte und die Zeiten bis zu den jeweiligen Entscheidungsfindungen nur wenig ausgesagt werden kann. Aufgrund von längeren Abläufen, von beabsichtigten oder nicht beabsichtigten Wartezeiten, von gerichtlichen Auseinandersetzungen, von Änderungen im Prozessablauf bis hin zu Planänderungen und Rücksprüngen etc. können sich die Zeitspannen erheblich weiter in die Zukunft erstrecken. Es ist müßig, darüber heute unter Angabe genauer Jahreszahlen zu spekulieren. Für heute ist entscheidend, die Standortauswahl mit dem wissenschaftlich bestmöglichen, gesellschaftlich legitimierten und verantwortbaren Satz an Auswahlkriterien und Verfahrensschritten zu beginnen.

Die Frage der benötigten Zeiträume ist jedoch in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung:

- sie beeinflusst maßgeblich die technischen Erfordernisse für die notwendige Zwischenlagerung, die Auslegung von Genehmigungsverfahren sowie die Sicherstellung der Sicherheit der Zwischenlager bis zur Einlagerung in ein Endlagerbergwerk
- die Länge der Zeiträume entscheidet mit über das Maß der Belastung zukünftiger Generationen durch die während der Nutzung der Kernenergie entstandenen Abfälle
- je länger das Verfahren dauert, umso größer werden die Risiken gesellschaftlicher Instabilität, des Erlahmens der erforderlichen Sorgfalt, des Erlöschen des gesellschaftlichen Interesses und damit der Wächterfunktion von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft
- je länger die heute diskutierten Zeiträume sind, umso leichter entsteht eine Stimmung, dass es angesichts dieser langen Zeiträume auf eine zügige Behandlung des Themas nicht ankomme - was mittels selbst erfüllender Prophezeiung die benötigte Zeit weiter ausdehnen würde.

Ein üblicher Ansatz, um mit unsicheren Zukünften umzugehen, ist die Entwicklung von Szenarien. Im Folgenden werden kurz zwei qualitative Szenarien beschrieben, die sich unterschiedlichen Prinzipien verdanken und daher nicht auf der gleichen Ebene vergleichbar sind: (1) wird das StandAG mit seinen zeitlichen Aussagen als Rahmen für ein *normatives* Szenario genommen; (2) wird nach heute üblichen Zeitbedarfen für unterschiedliche Schritte ein zeitlicher Verlauf *explorativ* skizziert.

(1) Die Festlegung eines Endlagerstandortes soll nach StandAG bis 2031 erfolgt sein (§ 1 Abs. 24 3 StandAG). Anschließend wird das Genehmigungsverfahren mit dem Ziel einer Baugenehmigung für das Endlager gestartet. Nach erhaltener Genehmigung wird die bergtechnische Erschließung des Standortes für die Einlagerung der hoch radioaktiven Abfälle weitere Jahre dauern. Das bergtechnische Funktionieren aller Funktionen könnte bei einer stringenten Verfolgung des Projektes allerfrühestens ca. 2050 abgeschlossen sein, so dass dann mit der Einlagerung der Abfälle begonnen werden könnte. Aus heutiger Sicht wird der Einlagerungsbetrieb etwa 20 - 30 Jahre dauern. Je nach Zeitdauer für Monitoring nach Einlagerung, Entscheidungsfindung und Ausführung der Verschlussarbeiten wäre der Zustand eines verschlossenen Endlagerbergwerks denkbar zu einem Zeitpunkt 2090 bis 2100. Das verschlossene Endlagerbergwerk kann weiter von außen (und ggf. auch von innen mit entsprechender Messtechnik) beobachtet werden. In diesem Szenario kommen Rücksprünge oder unvorhergesehene Ereignisse nicht vor. Es ist daher als ein ideales Szenario mit einem kleinstmöglichen Zeitbedarf zu verstehen.

(2) Angesichts von nach gegenwärtigen Erfahrungen plausiblen Zeitbedarfen für Genehmigungsverfahren, für Öffentlichkeitsbeteiligung, für Abstimmungs- und Abwägungsprozesse, für Rechtsschutzverfahren, für Nacherhebung von Daten und die Erkundung von Gebieten kommt man explorativ zu deutlich anderen Zeiträumen (vgl. K.-Drs./AG3-119). Danach würde bereits die Phase 1 in der Etappe 1 vier bis fünf Jahre in Anspruch nehmen, die gesamte Etappe 1 etwa 20 - 30 Jahre. Dieses Prinzip weiter verfolgend würde eine Standortfestlegung erst in etwa 40 - 60 Jahren erfolgen können, und die Inbetriebnahme (Beginn der Einlagerung der Abfälle) könnte erst für das nächste Jahrhundert erwartet werden.

Die Spannweite der Unterschiede in Bezug auf Zeitbedarf ist sehr groß. Hinzu kommt, dass das normative Szenario in Reinform als kaum machbar erscheint. Dies verdeutlicht der Blick auf die Phasen im Standortsuchverfahren (dazu ausführlich Kap XX), die auf folgende Weise plausibel auf die ca. 14 Jahre verfügbaren Jahre bis zum Zielpunkt 2031 verteilt werden können:

- die Phase 1 (Festlegung möglicher Standortregionen für die obertägige Erkundung auf Basis vorhandener Daten) dürfte inklusive aller Qualitätssicherungs- und Beteiligungsmaßnahmen nur ca. drei Jahre dauern
- die Phase 2 (Auswahl von untertägig zu erkundenden Standorten durch obertägige Erkundung) dürfte inklusive aller Qualitätssicherungs- und Beteiligungsmaßnahmen nur ca. vier Jahre benötigen
- die Phase 3 (untertägige Erkundung und vergleichende Abwägung) dürfte inklusive aller Qualitätssicherungs- und Beteiligungsmaßnahmen bis zur Entscheidung des Bundestages über den Standort nur ca. sechs Jahre dauern

Der Blick auf die genaueren Prozessschritte (Kap. 6.3) und die Erfahrungen mit Zeitdauern von Großprojekten zeigen mehr als deutlich, wie ambitioniert ein solcher Zeitplan wäre.

Umgekehrt erscheint das explorative Szenario aus verschiedenen Gründen als nicht akzeptabel. Derart lange Zeiträume würden nachfolgende Generationen erheblich belasten (in Gegensatz zu ethischen Forderungen, vgl. Kap. 3.5), würden umfangreiche Zwischenlagerungen mit entsprechenden Sicherheitsanforderungen und Genehmigungsverfahren notwendig machen, würden die Gefahr des Erlahmens und Ermüdens mit sich bringen und das Risiko erhöhen, dass der ganze Prozess nicht

zielführend abgeschlossen wird. Gemessen an den ethischen Anforderungen, unter die sich die Kommission gestellt hat, ist ein solches Szenario nicht akzeptabel.

Hier entsteht offenkundig ein erhebliches Dilemma, das letztlich auf unlösbaren Zielkonflikten beruht. Die drei zentralen Ziele

- größtmögliche Sicherheit während des gesamten Prozesses und für das verschlossene Endlager
- weitest gehende Mitwirkung der Öffentlichkeit und Ausgestaltung des gesamten Prozesses als selbst hinterfragendes System
- möglichst geringe Zeitdauer des Verfahrens

sind nicht gleichzeitig erreichbar. Die Gewährleistung der Sicherheit, die Sorgfalt der Abwägungen und eine umfangreiche Beteiligung benötigen Zeit und verlängern das Verfahren. Beschleunigungsmöglichkeiten im Verfahren auf Kosten von Sicherheit oder auf Kosten von Beteiligung lehnt die Kommission ab. Dennoch sind die Argumente für ein unter den Bedingungen von Sicherheit und Beteiligung möglichst rasches Verfahren ernst zu nehmen. Von daher erachtet die Kommission als notwendig,

- die Projektabwicklung möglichst zeiteffizient zu gestalten, ohne an Sorgfalt der Sicherheitsbetrachtungen und Qualität der Beteiligung Abstriche zu machen
- Forschung anzustoßen, wie zeitintensive Prozesse wie etwa die untertägige Erkundung verkürzt werden können
- Verfahrensschritte möglichst parallel zu verfolgen, insofern dies möglich ist
- dass der Vorhabenträger mit Beginn des Verfahrens eine entsprechende zeitlich strukturierte Detailplanung entwickelt.

Es ist entscheidend, dass das Verfahren mit hohem Engagement betrieben wird, um Fortschritte und Ergebnisse in angemessener Zeit zu erreichen.

Man könnte nun noch die Frage stellen, ob es mit anderen Optionen (Kap. 5.3 und 5.4) als dem Endlagerbergwerk mit Reversibilität/Rückholbarkeit/Bergbarkeit schneller eine Lösung für die hochradioaktiven Abfälle geben könnte. Dies ist aber nicht der Fall. Denn für alle Optionen gibt es derzeit weder entwickelte Technologien noch Standorte. Deshalb wäre der Prozess bis zur Behandlung des ersten Abfallgebundes bei anderen Optionen im besten Fall genauso lang wie bei der oben beschriebenen Vorgehensweise; wegen der schwierigeren Standortuntersuchung und wegen notwendiger Technologieentwicklungszeiten würde dies aber voraussichtlich eher deutlich länger dauern. Auch nach funktionsfähig implementierter Technik einer anderen Option würden mindestens einige Jahrzehnte zur „Verarbeitung“ der vorhandenen Abfälle erforderlich sein. Insgesamt ist festzuhalten, dass aus Sicht des Zeitbedarfs alle anderen Optionen keinen Vorteil gegenüber der Option des Endlagerbergwerks mit Reversibilität/Rückholbarkeit/Bergbarkeit bringen.